

Besitzgebühr
Vereinfacht für Besitzer bei regelmäßiger Bezahlung (an Sonne und Montagen nur einmal) 2,50 Mk.
Bis zu einem Monat Kosten aufzuladen 1,00 Mk.
Bei einer weiteren Verlängerung durch die Post 2 Mk. (eine Briefmarke).
Die Post kann von Dresden u. Umgebung am Tage vorher abgeholt werden. Abendposten geben erhalten bis auf weiteren Tag später mit der Morgen-Briefmarke abgelehnt. Postkarten nur mit besticktem Grußmarkenstempel (Postkarte 1 Mk. — Umlaufkarte 1 Mk.). Wandschriften werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liebsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co.

Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Chocoladen, Cacaos
Desserts.

Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Tarif
Anzeigen von Werbungen bis mindestens 2 Mk. über. Sonderpreis von Werbungszeiten 25 Pf. von 11 bis 14 Uhr. Die einzige Grankarte von 8 Gulden 25 Pf. Familien-Anzeigen aus Dresden 20 Pf.; Geschäftsanzeigen auf der Provinzseite 20 Pf.; bei zweitpoligem Brief u. Zeitung 60 Pf. — Im Winter sind von Gewerbe- u. Dienstleistungen die ersten 10 Minuten 20 Pf., die nächsten 10 Minuten 30 Pf., auf Zusatz 40 Pf., Sonder- und Werbungs-Anzeigen 25 Pf. — Ausserdem erhält man gegen Beratung — Neben Anzeigen 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-40.

Vorzüglich für
Gummiflüsse
mit Röhrchen.
E. Böhme's
Fälschen 13894. rother Gartenschlauch.
C. Löffler, 13. Fertigung für Druckereien.

Glaswaren

jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl

Wilh. Rühl & Sohn, Inh. Richard Rühl, Königl. Sächs. Hoflieferant, Neumarkt 11. Fernsprecher 4277. Waisenhausstr. 18.

Sommersprossen,

Leberfleckte, große Flecke im Gesicht und an den Händen, unter den Fingern versteckt nach 6- bis 10-tägigem Gedruckt vom Blechdrucker „Chloro“.

Unbedenklich für die Haut, frei von Alkalien und schädlichen Bestandteilen. Vorsichtiges Kosmetikum von gesunder und sicherer Wirkung. Nur eins in Tüten à 1 Mk., bei Einsiedlung von 1,15 Mk. franko. **Hauptdepot:**

Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Hahn Nachi.

Inhaber: E. Müller **Hofphotogr.** Dresden-A. Ferdinandstrasse II.

12 Visit 6 Mk. Höchste Auszeichnungen auf nationalen und internationalen Ausstellungen.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, vorwiegend heiter. Kaiser Wilhelm trifft am 8. September in Groß-Möritz ein, um den österreichischen Kaisermanövern in Mähren beizuwohnen.

Der Reichstag erledigte gestern in zweiter Lesung das Tabaksteuergesetz.

Fürst Bülow soll beabsichtigen, sich in der letzten Reichstagsitzung mit einer Erklärung vom Reichstage zu verabschieden.

Die Mühlenumsteuern und der Kohlenausfuhrzoll werden von der neuen Reichstagsmehrheit fallen gelassen; bei der Kotterungssteuer werden die Sähe ermäßigt.

Der neue sächsische Staatsminister des Innern Graf Bischum von Eßstädt hieß bei dem geprägten Feiern des sächsischen Gemeindetages in Annaberg eine längere Begrüßungsrede, in der er auf die politischen Verhältnisse im Lande des näheren einging.

Der französische Kapitän Zinfernagel wurde vom Reichsgericht wegen versuchter Spionage zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

In Messina wurden gestern mittag fünf weitere Erdbeben verprüft; aus Tunis wird ebenfalls ein ziemlich heftiges Erdbeben gemeldet.

Der japanische Kronprinz wird im August Amerika besuchen.

Die erste Sessiun des preußischen Landtages.

Der preußische Landtag, der, nachdem das Herrenhaus etwa zwanzig, das Abgeordnetenhaus gerade hundert Plenarsitzungen abgeschlossen hat, am 25. Juni geschlossen worden ist, hat einen ungewöhnlich langen und inhaltsreichen Tagungsabschnitt hinter sich. Es war ein ebenso umfangreiches wie politisch und wirtschaftlich bedeutsames Arbeitsspiel, das das im Juni 1908 neu gewählte Abgeordnetenhaus bei seinem Zusammentritt im November vorstand. In vorderster Reihe standen die großen Bevölkerungsschichten beider Klassen, Gehälter und Wohnungsgeldschüsse der Beamten, Lehrer und Geistlichen; in Gemäßigkeit der durch die neu zu übernehmenden Leistungen bedingten sozialen Mehrausgaben war für bedeutende staatliche Mehreinnahmen Sorge zu tragen, die nur im Wege neuer fernerlicher Abgaben beabschafft werden konnten. Was unter diesem Zwange die beiden Häuser des Landtages in gemeinschaftlicher Arbeit aufzubringen gehabt haben, ist auffallenderweise nur ein Vor-spiel dessen, was innerhalb der nächsten drei Jahre die von der Zweiten Kammer gewünschte und von der Regierung angekündigte Neuordnung des geläufigen sozialen Steuerwesens bringen wird und bringen muss. Denn wenn auch der Finanzminister gegenüber allzu pessimistischen Darstellungen sonderbar kontrariert konnte, daß die Finanzregierung Preußens nach wie vor durchaus solide sei, so hat sich doch die Spannung zwischen den an die Staatskasse gestellten Ansprüchen und den aus den vorhandenen Einnahmeketten verfügbaren Mitteln immer mehr erweitert, hauptsächlich infolge der andauernden Abnahme der Nebenschäfte der preußischen Staatsbehördenwaltung. In den aus diesem Anlaß sich ergebenden Debatten kam man schließlich überein, die preußische Finanzreform bis zur endgültigen Ordnung der Reichsfinanzen zu verlegen, weil erst dann über die finanziellen Beziehungen zwischen Einzelstaaten und Reich Klarheit geschaffen sein wird. Für den Mehrbedarf wurde somit in der Hauptsache durch provisorische, drei Quartsjahre laufende Zuschläge zur Einkommen- und Erwerbungsssteuer Daseinsfestigung bestimmt, in der Weise, daß, abweichend von der Regierung, die alle Einkommen bis 7000 Mark freilassen wollte, bis auf die Einkommen von 1200 Mark heruntergegangen und dann stufenförmig aufsteigende Zuschläge von 5 bis 25 vom Hundert der bisherigen Steuersätze beschlossen wurden. Die gleichzeitig auf die Einkommen von Ehelingegegenstalten usw. gelegten Zuschläge steigen bis zu 50 vom Hundert auf. Wenn auch die Rücksicht, die die Regierung auf die unbemittelten Klassen der Bevölkerung nehmen wollte, eine wesentliche Einschränkung erfahren hat, so darf man doch angesichts der Freilassung der ganzen kleinen Einkommen und angesichts der stark progressiven Steigerung der Steuerausfälle ohne weiteres angeben, daß auch jetzt noch ein gutes Stück sozialer Fürsorge bei diesen steuerpoli-

tischen Maßnahmen in Preußen übrig geblieben ist. Und das um so mehr, als vom Landtag noch die Erweiterung des sog. Kinderprivilegs und die Berücksichtigung besonderer Verhältnisse bei der Einkommensteuer - Veranlagung, sowie die Erhöhung der Beamtens, Elementarlehrer und unteren Kirchendienster zur Gemeinde-Einkommensteuer, womit ein langjähriges Wunsche der Kommunen berücksichtigt wurde, aufgeheissen worden sind.

Als ein soziales Werk von grossem Durse und bedeutamer Tragweite ist auch die Verabschiedung der Bevölkerungsvorlagen anzurechnen. Beamte, Lehrer und Geistliche gehören, nach einem Vortrag des Finanzministers Arthru. v. Rheinbaben, mit zu den stärksten Fundamenten des preußischen Staates. Diese Kreise aus den Einkommensverhältnissen herauszubringen, die nach dem allerorten zu beobachtenden Fortschritt der Lebenshaltung in Deutschland nicht mehr zeitgemäß waren, war als gebietserische Pflicht erkannt worden. Die Gefahr, daß diese breiten Mittelpunktskreise einer gewissenlosen Unzulänglichkeit-Propaganda zum Opfer fallen könnten, drohte nicht nur, sie war bereits augenfällig geworden durch die Anhäufung von Beamtenversammlungen, in denen der Finanzminister der verdeckten Beamtenseelschaft beschuldigt und Mitglieder der Ersten Kammer verdächtigt und beschimpft wurden. Weder die Regierung noch die Volksvertretung hat sich durch jene Vorgänge in ihren Entschließungen irgendwie beeinflussen lassen. Beide haben keine Politik ab irato getrieben, sondern ruhig und sachlich die Bevölkerungsgesetze durchberaten, die auch wieder, indem durch sie am härtesten die unteren Staatsbediensteten aufgebessert werden, einen sozialen Hintergrund und Zielpunkt erkennen lassen. Sie sind schließlich, nachdem sie auch die Zustimmung des Herrenhauses gefunden hatten, im Abgeordnetenhauses einstimmig, also auch mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion, angenommen worden. In Verbindung mit der Haltung der Regierung, die den friedespendenden Elementen in der Beamtenseelschaft disziplinare Abwendung androhte, hat diese Einmütigkeit der Parteien das meiste dazu beigetragen, daß Ruhe und Zufriedenheit in die Kreise der Beamtenseelschaft zurückgeführt sind. Regierung und Landtag dürfen in dieser Sache tatsächlich ein gutes Gewissen haben, und in den Kreisen der Beamten hat die Einsicht, daß das ganze Land an den infolge der Bevölkerungsvorlagen entstehenden neuen Kosten schon schwer genug zu tragen hat und nicht unerträglichen Burdenungen ausgesetzt werden darf, schließlich obgesezt.

Mit gutem Gewissen dürfen Regierung und Landtag auch auf die Novelle zum preußischen Berggesetz aufsehen. In seinen Anfängen um Jahre zurückliegend, ist dieses Gesetz nicht veranlaßt, wohl aber bestimmt durch die Katastrophen auf der Radbod-Grube, der viele hundert braver Bergleute zum Opfer fielen. Das Gesetz soll, nach dem Gedanken und Willen des Handelsministers Delbrück, ein weiteres Werkzeug in dem schweren Kampfe um die Seele des Arbeiters sein. Während die Sozialdemokraten das durch das Gesetz ins Leben gerufene System der Sicherheitsmänner konsequent bekämpfen und dagegen die Einführung von Arbeiterkontrollen forderten, die selbstverständlich nichts anderes gewesen wären als freiwillige oder unfreiwillige Agitatoren für die Sozialdemokratie, hat sich das Zentrum, das anfänglich sein altes Postulat eines Reichsberggesetzes so drücklich befürwortete, schließlich auf den Boden des Gesetzes gestellt; es ist gegen die wenigen Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten zur Annahme gelangt.

Was die rund 120 Plenarsitzungen der beiden Häuser des Landtages sonst noch gebracht haben, kann hier nicht näher erörtert werden. Von allgemeinem Interesse ist dagegen die energische Stellungnahme des Landtags gegen sozialdemokratische und staatsfeindliche Umtriebe. Die Sozialdemokraten, die zum ersten Male Abgeordnetenhaus-Mandate in Preußen errungen haben, wollten nach ihren eigenen Worten die Rechte im Karpenteich sein, aber in Wahrheit haben sie die Weisheit nur aufgehabt und dem Hause Anlaß gegeben, häufiger als sonst von dem Mittel des Debatteinschlusses Gebrauch zu machen, weil es mit Recht nicht dulden wollte, daß die Rednertribüne zu Agitationszwecken missbraucht würde. Gegenüber der auch hier wieder rein negierenden, völlig unfruchtbaren Tätigkeit der revolutionären Partei tritt die positive Arbeit der bürgerlichen Parteien um so klarer hervor. Diese haben in seltener Maße gegenseitiges Entgegenkommen geübt und sich insgesamt der größten Arbeitsfreude beschäftigt.

Man möchte fast meinen, diese Parteien wollten vor dem Vande den Beweis erbringen, daß die Zweite Kammer in Preußen in ihrer gegenwärtigen Zusammenstellung allen an sie herantretenden Aufgaben gewachsen sei und daß es daher einer Wahlrechtsreform nicht bedürfe. Aber die Reform ist in der Thronrede nicht nur angekündigt, sie ist darin als die dringendste Aufgabe der Gegenwart bezeichnet. Sie wird also wohl kaum länger als bis zur nächsten, spätestens im Januar 1910 beginnenden Sessiun hinausgezögert werden.

Zur Reichsfinanzreform und inneren Krise.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Prin. Tel.) Das Haus ist wieder schwach besetzt. Das Andenken des heute verstorbenen Abgeordneten Quarc wird durch Erheben von den Plänen geehrt. Dann wird in die zweite Runde des Tabaksteuergesetzes eingetreten. Neben dem Zoll und der Inlandssteuer wird bei dem eingeführten Tabak ein Zollzuschlag von 40 Prozent des Wertes eingeführt. Die Regierung hatte nur einen Zollzuschlag von 30 Prozent vorgeschlagen. Dementprechend hat die Kommission auch die Gewichtssteuer bei inländischen Rohtabakaten auf 57 Mark pro Doppelzentner (noch der Vorschlag nur 50 Mark) erhöht. Über den vom Zollverzichtsgesetz handelnden § 1 ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter eingereicht. — Abg. Wollenburg (Soz.), der diesen Antrag begründet, erklärt, seine Freunde lehnen die ganze Vorlage als arbeiterfeindlich ab. Abg. Dr. Stresemann (part.): Die Form der Zollzuschlagssteuer werde zur Konzentration des Tabakgewerbes und zur Vernichtung unzähliger kleiner Betriebe führen. Tatselbe würde die Bandenleistungsfähigkeit der kleinen Betriebe schwächen, ohne daß dadurch weite Kreise kleiner Gewerbetreibender geschädigt werden. Der Reichskanzler hat beim Empfang einer Deputation von Interessenten klare Kritik geübt an der Agitation des Deutschen Tabakvereins. Nun, wenn sich der Reichskanzler über wütige Agitation beschweren wollte, so hätte er da wohl am allermeisten Anlaß an den Bund der Landwirte und dessen Agitation zu denken. (Schr. richtig! links.) Das einzige Richtige, weil ohne schwere Schädigung dieser Erwerbsweise möglich, ist und bleibt die Gewichtssteuer. Man hat zur Rechtfertigung dieser Steuerform auf die Sicherung der Zigaretten verwiesen. Aber man über sieht da einmal, daß die Zigaretten-Banderolesteuer bei inländischen Rohtabakaten auf 57 Mark pro Doppelzentner (noch der Vorschlag nur 50 Mark) erhöht. Über den vom Zollverzichtsgesetz handelnden § 1 ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter eingereicht. — Abg. Wollenburg (Soz.), der diesen Antrag begründet, erklärt, seine Freunde lehnen die ganze Vorlage als arbeiterfeindlich ab. Abg. Dr. Stresemann (part.): Die Form der Zollzuschlagssteuer werde zur Konzentration des Tabakgewerbes und zur Vernichtung unzähliger kleiner Betriebe führen. Tatselbe würde die Bandenleistungsfähigkeit der kleinen Betriebe schwächen, ohne daß dadurch weite Kreise kleiner Gewerbetreibender geschädigt werden. Der Reichskanzler hat beim Empfang einer Deputation von Interessenten klare Kritik geübt an der Agitation des Deutschen Tabakvereins. Nun, wenn sich der Reichskanzler über wütige Agitation beschweren sollte, so hätte er da wohl am allermeisten Anlaß an den Bund der Landwirte und dessen Agitation zu denken. (Schr. richtig! links.) Das einzige Richtige, weil ohne schwere Schädigung dieser Erwerbsweise möglich, ist und bleibt die Gewichtssteuer. Man hat zur Rechtfertigung dieser Steuerform auf die Sicherung der Zigaretten verwiesen. Aber man über sieht da einmal, daß die Zigaretten-Banderolesteuer bei inländischen Rohtabakaten auf 57 Mark pro Doppelzentner (noch der Vorschlag nur 50 Mark) erhöht. Über den vom Zollverzichtsgesetz handelnden § 1 ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter eingereicht. — Abg. Wollenburg (Soz.), der diesen Antrag begründet, erklärt, seine Freunde lehnen die ganze Vorlage als arbeiterfeindlich ab. Abg. Dr. Stresemann (part.): Die Form der Zollzuschlagssteuer werde zur Konzentration des Tabakgewerbes und zur Vernichtung unzähliger kleiner Betriebe führen. Tatselbe würde die Bandenleistungsfähigkeit der kleinen Betriebe schwächen, ohne daß dadurch weite Kreise kleiner Gewerbetreibender geschädigt werden. Der Reichskanzler hat beim Empfang einer Deputation von Interessenten klare Kritik geübt an der Agitation des Deutschen Tabakvereins. Nun, wenn sich der Reichskanzler über wütige Agitation beschweren sollte, so hätte er da wohl am allermeisten Anlaß an den Bund der Landwirte und dessen Agitation zu denken. (Schr. richtig! links.) Das einzige Richtige, weil ohne schwere Schädigung dieser Erwerbsweise möglich, ist und bleibt die Gewichtssteuer. Man hat zur Rechtfertigung dieser Steuerform auf die Sicherung der Zigaretten verwiesen. Aber man über sieht da einmal, daß die Zigaretten-Banderolesteuer bei inländischen Rohtabakaten auf 57 Mark pro Doppelzentner (noch der Vorschlag nur 50 Mark) erhöht. Über den vom Zollverzichtsgesetz handelnden § 1 ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter eingereicht. — Abg. Wollenburg (Soz.), der diesen Antrag begründet, erklärt, seine Freunde lehnen die ganze Vorlage als arbeiterfeindlich ab. Abg. Dr. Stresemann (part.): Die Form der Zollzuschlagssteuer werde zur Konzentration des Tabakgewerbes und zur Vernichtung unzähliger kleiner Betriebe führen. Tatselbe würde die Bandenleistungsfähigkeit der kleinen Betriebe schwächen, ohne daß dadurch weite Kreise kleiner Gewerbetreibender geschädigt werden. Der Reichskanzler hat beim Empfang einer Deputation von Interessenten klare Kritik geübt an der Agitation des Deutschen Tabakvereins. Nun, wenn sich der Reichskanzler über wütige Agitation beschweren sollte, so hätte er da wohl am allermeisten Anlaß an den Bund der Landwirte und dessen Agitation zu denken. (Schr. richtig! links.) Das einzige Richtige, weil ohne schwere Schädigung dieser Erwerbsweise möglich, ist und bleibt die Gewichtssteuer. Man hat zur Rechtfertigung dieser Steuerform auf die Sicherung der Zigaretten verwiesen. Aber man über sieht da einmal, daß die Zigaretten-Banderolesteuer bei inländischen Rohtabakaten auf 57 Mark pro Doppelzentner (noch der Vorschlag nur 50 Mark) erhöht. Über den vom Zollverzichtsgesetz handelnden § 1 ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter eingereicht. — Abg. Wollenburg (Soz.), der diesen Antrag begründet, erklärt, seine Freunde lehnen die ganze Vorlage als arbeiterfeindlich ab. Abg. Dr. Stresemann (part.): Die Form der Zollzuschlagssteuer werde zur Konzentration des Tabakgewerbes und zur Vernichtung unzähliger kleiner Betriebe führen. Tatselbe würde die Bandenleistungsfähigkeit der kleinen Betriebe schwächen, ohne daß dadurch weite Kreise kleiner Gewerbetreibender geschädigt werden. Der Reichskanzler hat beim Empfang einer Deputation von Interessenten klare Kritik geübt an der Agitation des Deutschen Tabakvereins. Nun, wenn sich der Reichskanzler über wütige Agitation beschweren sollte, so hätte er da wohl am allermeisten Anlaß an den Bund der Landwirte und dessen Agitation zu denken. (Schr. richtig! links.) Das einzige Richtige, weil ohne schwere Schädigung dieser Erwerbsweise möglich, ist und bleibt die Gewichtssteuer. Man hat zur Rechtfertigung dieser Steuerform auf die Sicherung der Zigaretten verwiesen. Aber man über sieht da einmal, daß die Zigaretten-Banderolesteuer bei inländischen Rohtabakaten auf 57 Mark pro Doppelzentner (noch der Vorschlag nur 50 Mark) erhöht. Über den vom Zollverzichtsgesetz handelnden § 1 ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter eingereicht. — Abg. Wollenburg (Soz.), der diesen Antrag begründet, erklärt, seine Freunde lehnen die ganze Vorlage als arbeiterfeindlich ab. Abg. Dr. Stresemann (part.): Die Form der Zollzuschlagssteuer werde zur Konzentration des Tabakgewerbes und zur Vernichtung unzähliger kleiner Betriebe führen. Tatselbe würde die Bandenleistungsfähigkeit der kleinen Betriebe schwächen, ohne daß dadurch weite Kreise kleiner Gewerbetreibender geschädigt werden. Der Reichskanzler hat beim Empfang einer Deputation von Interessenten klare Kritik geübt an der Agitation des Deutschen Tabakvereins. Nun, wenn sich der Reichskanzler über wütige Agitation beschweren sollte, so hätte er da wohl am allermeisten Anlaß an den Bund der Landwirte und dessen Agitation zu denken. (Schr. richtig! links.) Das einzige Richtige, weil ohne schwere Schädigung dieser Erwerbsweise möglich, ist und bleibt die Gewichtssteuer. Man hat zur Rechtfertigung dieser Steuerform auf die Sicherung der Zigaretten verwiesen. Aber man über sieht da einmal, daß die Zigaretten-Banderolesteuer bei inländischen Rohtabakaten auf 57 Mark pro Doppelzentner (noch der Vorschlag nur 50 Mark) erhöht. Über den vom Zollverzichtsgesetz handelnden § 1 ist namentliche Abstimmung beantragt. Die Sozialdemokraten haben einen Antrag auf Entschädigung arbeitslos werdender Arbeiter eingereicht. — Abg. Wollenburg (Soz.), der diesen Antrag begründet, erklärt, seine Freunde lehnen die ganze Vorlage als arbeiterfeindlich ab. Abg. Dr. Stresemann (part.): Die Form der Zollzuschlagssteuer werde zur Konzentration des Tabakgewerbes und zur Vernichtung unzähliger kleiner Betriebe führen. Tatselbe würde die Bandenleistungsfähigkeit der kleinen Betriebe schwächen, ohne daß dadurch weite Kreise kleiner Gewerbetreibender geschädigt werden. Der Reichskanzler hat beim Empfang einer Deputation von Interessenten klare Kritik geübt an der Agitation des Deutschen Tabakvereins. Nun, wenn sich der Reichskanzler über wütige Agitation beschweren sollte, so hätte er da wohl am allermeisten Anlaß an den Bund der Landwirte und dessen Agitation zu denken. (Schr. richtig! links.) Das einzige Richtige, weil ohne schwere Schädigung dieser Erwerbsweise möglich, ist und bleibt die Gewichtssteuer. Man hat zur Rechtfertigung dieser Steuerform auf die Sicherung der Zigaretten verwiesen. Aber man über sieht da einmal, daß die Zigaretten-Banderolesteuer bei inländischen Rohtabakaten auf 57 Mark pro Doppelzent